

Sachsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1920 Nr. 225

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213

Bezugspreis: für Heft und auswärts bezogen monatlich 1 Mk., 600 vierteljährlich 1 Mk. 18.00 frei Bahn. Durch die Post bezogen jährlich poln. Reichsmark.
Verlagsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernamt Zentrale 7801, Telephon 7 178 an Redaktion 5609 und 5610. — Postbezeichnung: Leipzig 20312.

Morgenausgabe

Dienstag, 1. Juni

Anzeigenpreis: Die Spalte 34 mm breit mm-Standard 60 G. Die Spalte 90 mm breit: mm-Standard 800 G. Fernamt nach Tarif, Zeitungsstellen Halle-Saale.
Verlagsstelle Berlin: Sternburger Str. 30. Fernamt zum Kurier Nr. 1939
Elektre Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Ehle, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

- * In Kiel und Wilhelmshaven ist die Uebernahme des Dienstes durch die vom Reichswehrminister bestimmten Offiziere getrenn planmäßig erfolgt.
- * In Prag fanden jüdische Kundgebungen die polnischen Uebergriffe in Ober-Oesterreich statt.
- * Die Moskauer Räteregierung hat den Vorschlag Frankreichs auf Einleitung von Friedensverhandlungen in Dorpat am 10. Juni angenommen.
- * Die Japaner haben sich bereit erklärt, ihre Truppen von der Schantungbahn zurückzuführen.

Bürgerliche Wahlerfolge in Gotha

Starke Verluste der Demokraten und Mehrheitssozialisten.
Gotha, 31. Mai.
Die gestrigen Landtagswahlen zeigten einen erheblichen Zuwachs an Stimmen für die rechtsstehenden Parteien und einen starken Verlust für Demokraten und Sozialdemokraten sowie der Sozialisten. Das vom nunmehr vollständig vorliegenden Wahlergebnis ersehen die Deutsche Volkspartei 12 686, die Deutsche nationale Volkspartei 4217, der Bauernbund 21 412, die Demokraten 7623, die Mehrheitssozialisten 3295 und die Unabhängigen 87 899 Stimmen. Bei der vorigen Wahl hatten die Unabhängigen 43 126, die Mehrheitssozialisten 7706, die Demokraten 18 100 und die Rechtsstehenden, einschließlich Bauernbund, 16 414 Stimmen. Es liegt also ein starker Verlust für Sozialdemokraten und Demokraten vor, welcher zum Teil nicht zurückzuführen sein dürfte, doch diesmal der Bauernbund vergrößerte sich mit einer eigenen Liste hervortrat und so den linksstehenden Parteien viel Stimmen abgenommen hat, welche bei der vorigen Wahl unter dem Einbruch des verlorenen Krieges zu sinken anfingen. Darüber hinaus machte sich aber bei den Wählern ein starkes Abwenden von den Unabhängigen bemerkbar, so verlor sie z. B. in dem stark radikalen Ausdrucksweise Jella Wehrlich 1130 Stimmen. An Mandatanten teilten die einzelnen Parteien: Deutsche Volkspartei 1 (im vorigen Jahre ebenfalls 1), Deutsche nationale Volkspartei 1 (im vorigen Jahre ebenfalls 1), Mehrheitssozialisten 0 (im vorigen 1), Unabhängige 9 (im vorigen 10). Den 9 Abgeordneten der Mehrheitssozialisten flohen heute 9 Unabhängige gegenüber, zwischen welchen eine Demofrat Professor Hermann Anders-Strüger den Ausschlag geben wird. Die Beteiligung an der Wahl war bis zu 90 Prozent.

Der Gothaer Landtag hat im Revolutionsjahr und nachher noch viel erlebt gemacht. Er war das oberschwebende Beispiel dafür, daß es in einem Staat drunter und drüber geht, wenn die Herren Unabhängigen das Rad in der Hand haben. Am parlamentarischen System fehlte es sich nicht. Sie hatten im Reichstag im Hause, und vorgezogen die anderen Parteien auf das Schicksal. Es ist ja noch bekannt, wie sie das Schicksal des „reformierten“, wie sie das Vermögen und den Besitz des „reformierten“ einbringen und wie sie sich bei den Wahlen zu setzen wollten, zu Recht und Ordnung. Gotha hat im kommenden Jahr hinter sich. Die Brüche dieser Sozialistenpolitik zeigen sich bei diesen Wahlen. Der Bürger hat es nicht, sich von einer Wiederwahl terrorisieren zu lassen, die über ihn so anders hingehört, als auf die Geißel der Wähler. Für die kommenden Wahlen im Jahre ist das ein gutes Zeichen. Es ist kaum mehr daran zu zweifeln, daß das deutsche Bürgerrecht zur Bestimmung gekommen ist. Die Wähler an die Demokraten in Gotha, die dort nur einen einzigen Sitz bezuhen können, ist die Bestimmung für ihre spätere Politik und ihren Kampf im Bürgerkrieg.

Frankreich und der Friedensvertrag

Paris, 31. Mai.
In der französischen Presse liegen ausführliche Berichte und verschiedene Mitteilungen über die letzte Kammerung der Frage der endgültigen Festlegung der deutschen Kriegsschuldigen, demgemäß war. Der Ministerpräsident Millerand hat in seiner Erwiderung auf die Anfrage der Freunde Clemenceaus eine offene Kritik des Versailler Vertrages vertrieben, aber festgestellt, Frankreich werde niemals einen Centimes erhalten, wenn es sich an dem Vertrag des Friedensvertrages „Kammern“ wolle. Der „Liberateur“ sagt das Ergebnis der Studie über die Forderung der endgültigen Summe zusammen, indem er feststellt, daß Clemenceau selbst einen sehr schlechten Eindruck empfangen, als er sich während der Friedensverhandlungen bemühte, die 14 Forderungen zu erfüllen. Der „Liberateur“ sagt, Wilson, so heißt das Blatt aus, stellte die Grundlage auf, daß die Sieger nur Anspruch auf Ersatz des Kriegsschadens haben sollen. Hätte Clemenceau diesen Vorschlag angenommen, so hätte nur Frankreich mit Belgien ein Recht auf Ersatz gehabt. Die französische Forderung, die Wiedergabe in Ueberreifeinrichtung gebracht werden soll, ist die Bestimmung, daß die Wiedergabe des Kriegsschadens durch diese von Wilson vorgeschlagene Methode Form erlangen. Er verlangte, daß nicht nur der

Schaden gutgemacht werde, sondern auch der Verursacher. Clemenceau merkte nicht, daß alle Bundesgenossen Frankreichs den gleichen Verlorenschaden erlitten haben und also ebenfalls Anspruch erheben könnten die Kriegsschadens auf Deutschland abzumachen. Es entging Clemenceau vollständig, daß Deutschland niemals eine bezahlte Schuld abtragen könnte, daß Deutschland durch die Schläge vom englischen Standpunkte aus und sich fernerreich den Wiedergabe Grund fallen, nachdem Frankreich, dessen Interessen er in erster Linie wahrnehmen wollte, ihn bekämpfte. Diese Behauptung, daß ein Staatsmann, der alle Eigenschaften besitzt, um einen Krieg zum gegenseitigen Nutzen zu bringen, fernerreich verlangen kann bei der finanziellen Regelung des Sieges.

h. Wafel, 31. Mai.
Der „Matin“ meldet über die Vorbereitung der internationalen Anleihe für Deutschland, daß Deutschland Sicherheit und Forderungen zu geben habe. Deutschland werde die Anleihe nicht für Zwecke verwenden dürfen, die von den Alliierten nicht gebilligt werden und auch nicht für die mit Verlust arbeitenden Betriebe des Reiches, auch nicht für Zuschüsse zum allgemeinen Staatshaushalt.

h. London, 31. Mai.
Ueber die Artilleriesvorschlüsse des Völkerbundes verlautet, daß für alle Wäpfe Sondervorschlüsse gemacht werden sollen, die der strategischen Lage des betreffenden Landes und seiner Umgebung Rechnung tragen.

Polsens Uebergang an Polen

Warschau, 31. Mai.
Die oberste polnische Behörde meldet, wird am 1. Juni die endgültige Vereinigung der Polen angegliederten Teile der Provinz Posen mit Kongresspolen und Galizien erfolgen. Damit sind die Hoffnungen der Posener, in Anbetracht ihrer besonderen kulturellen Verhältnisse eine gewisse Autonomie innerhalb des polnischen Staates zu behalten, endgültig gescheitert.

Heftige Kämpfe der Bolschewisten

W. Prag, 31. Mai.
Dem Moskauer Kriegsbericht vom 30. Mai zufolge kämpften die roten Truppen südlich von Wilna noch immer auf der Linie Waj. Ruzhische an der Bahn Polozk-Barschau bis zum südlichen Ende der Wezina, während vor Wilna die roten Truppen bei der Wäpung der Ufa in die Wezina an das linke Ufer der Wezina geworfen zu sein. Am östlichen Ufer der Wezina fand keine Kämpfe. Südlich von Wilna, nordwestlich der Wezina, meldet der Moskauer Bericht mit frühen Details unternommene heftige polnische Gegenangriffe. Der letzte Angriff der roten Truppen betraf bis 30. Mai südlich von der Station Waparka an der Bahn Prostorow-Dorcha vorgedrungen zu sein. Derselben Funktelegramm zufolge hat sich die Kämpfe bei der überreichlichen Regierung gegen die Lieferung des Kriegsmaterials an Polen praktisch um mit Repressalien geschildert. Die polnische Regierung hat sich gegen die überreichliche Regierung gegen die Durchführung von überreichlichem Kriegsmaterial nach Polen Protest erhoben. Folgende Regierung notifiziert der Regierung von Warschau über die Anerkennung durch die Regierung von Warschau und die Wezina der geschiedene im Verein mit einer neuen Unterredung über die Lage in Ostpreußen, wie sie sich in seinen Augen darstellt. Herr Dehne hat von der Abänderung eines solchen Vorschlags gemacht, daß der Staatskommissar von Warschau der Behörde des Reiches über diese Unterredung sofort die Bestätigung des Dehne verweigert, der nachher alle Angaben des Staatskommissars in das Gegenteil verkehrt hatte. Natürlich ganz so, wie es in den Namen der Abänderung der Unabhängigen gegen die putzschützige Rechte steht. Insbesondere legt Herr Vorwärts Wert darauf, zu behaupten, daß er nicht erfüllt habe, er hätte sich bei dem Ausbruch eines Notstands, daß er ferner nicht auf den Gütern Maschinengewebe beschlagnahmt habe, daß er ferner nicht behauptet habe, die Sicherheitspolizei reiche nicht aus, und die Ordnung verhalte sich einseitig um. Mit anderen Worten: Die Unabhängigen können vor keinem Urteil, selbst dem der heutigen Tag, stehen, wenn es gilt, den polnischen Gewern etwas am Zeuge zu fassen.

Der „ostpreussische Rechtspusht“

Die angestrichelten Wäpferkreise rechtsstehender Kreise in Ostpreußen, die nach Ansicht der Unabhängigen auf einen großen Aufbruch gegen die bestehenden Gewalten abzielen, hatten einen Vertreter der unabhängigen Presse, den hochgewachsenen Herrn Dehne, veranlaßt, die Staatsregierung zu bitten, an Ort und Stelle den furchtbaren Dingen auf den Grund gehen zu dürfen. Herr Dehne erhielt denn auch vom Staatskommissar Dr. Weismann durchgehend ein Empfehlungsschreiben, mit dem er sich nach Königsberg zum Staatskommissar Dr. Dehne, selbst dem einen Brief, der gerade im Augenblick eine lange Unterredung über die Lage in Ostpreußen, wie sie sich in seinen Augen darstellt. Herr Dehne hat von der Abänderung eines solchen Vorschlags gemacht, daß der Staatskommissar von Warschau der Behörde des Reiches über diese Unterredung sofort die Bestätigung des Dehne verweigert, der nachher alle Angaben des Staatskommissars in das Gegenteil verkehrt hatte. Natürlich ganz so, wie es in den Namen der Abänderung der Unabhängigen gegen die putzschützige Rechte steht. Insbesondere legt Herr Vorwärts Wert darauf, zu behaupten, daß er nicht erfüllt habe, er hätte sich bei dem Ausbruch eines Notstands, daß er ferner nicht auf den Gütern Maschinengewebe beschlagnahmt habe, daß er ferner nicht behauptet habe, die Sicherheitspolizei reiche nicht aus, und die Ordnung verhalte sich einseitig um. Mit anderen Worten: Die Unabhängigen können vor keinem Urteil, selbst dem der heutigen Tag, stehen, wenn es gilt, den polnischen Gewern etwas am Zeuge zu fassen.

Die Bedrohung von Leib und Leben und Eigentum der mehrerbürgischen Ausbesitzer hat nach verschiedenen juristischen Ansichten, die durch einige Urteile im ersten Instanz angenommen, hat bereits viele Gutbesitzer mit ihren Familien ernsthaft auf eine Flucht bedacht und sogar ihre Güter verlassen haben. Es ist Pflicht der Regierung, sich hier nicht durch neue Unterlassungsfinden wie im Zuggebiet oder im Vogland zu betätigen.

Der Steuerzahlungswirrwarr

Die Frage des Abzugs von 10 Prozent des Arbeitseinkommens als vorläufige Einkommensteuer steht jetzt im Vordergrund des Interesses großer Kreise. Ueber den Wirrwarr bei der Steuerzahlung lesen wir in „Lokal-Anzeiger“ folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Das Reich fürchtet die Steuerflucht. Nicht ohne Grund bei der Grundlosigkeit seiner Steuermodernerei. Um die Drückberger wenigstens mit dem Mindeste der Einkommensteuer zu erfassen, hat es dessen Erhebung den Arbeitgebern aufgebürdet. Ohne Entschädigung, vorerst sich. Eine erhebliche Sondersteuer.

Der Arbeitgeber, im weitesten Sinne des Wortes, hat seinem Bedienten 10 Prozent des hiesigen Arbeitseinkommens einbehalten, die Pflichtbedienten alle Steuern sowohl ihrer Dienstadt, der Jobkraft ihrer Arbeiten wie die Stadt ihren Bürgermeister und das Reich seinem Reichsfiskus. Gehälter, Besoldungen, Löhne, Tantiemen, Gratifikationen kommen ebenso nur um 10 v. S. gestützt in die Hand ihrer Empfänger wie die Wartegelder, Aufbegehälter, Löhnen- und Wäpferrenten und andere Bezüge oder geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit. Der Wert der Natural- und Sachbezüge ist dabei regelmäßig mit dem Betrag anzugeben, der sich aus den Lohnvertragsvereinbarungen ergibt. Für diese einbehaltenen 10 v. S. die auf volle Mark nach unten abzurunden sind, hat nun der Arbeitgeber in eine Steuerart in ähnlicher Weise Steuermarken einzuheben und zu entnehmen, wie er das bei der Abzugsverpflichtung bereits hat überlassen. Die Steuerarten muß sich der Arbeitnehmer für das Steuerjahr 1920 von der Steuerbehörde seines Wohn- oder Beschäftigungsortes ausstellen lassen. Fiskus berechnung — wie großmütig — dafür nichts. Er kommt noch weiter entgegen: der Arbeitgeber darf auch beantragen, statt des „Lebens“ den einbehaltenen Lohnbetrag dem Finanzamt durch Ueberweisung auf Postkonto- oder Bankkonto übermitteln zu lassen. Der Arbeitnehmer erhält in diesen Fällen eine Befreiungsgablung.

Hat der Arbeitnehmer noch keine Steuerarten, so bekommt sein Brotkorb die Steuerarten vorläufig auf. Die bekommt man bei den Postämtern. Das Verfahren sieht — für den Fiskus — einfach genug aus. Es hat aber einen bösen Saft. Die 10 v. S. stellen nämlich nicht den wirklichen Steuerbetrag dar oder doch nur in seltenen Fällen, sondern bedeuten nur eine vorläufige Abschlagszahlung. Steuerpflichtig ist bei dem Betrag von 1500 Mk. übersteigende Zeit des steuerbaren Einkommens. Und diese Grenze ist fließend. Je nach der Zahl der Unterhaltensberechtigten oder zum Haushalt gehörigen Personen erhöht sich der steuerfreie Betrag immer um 500 Mk. für die erste und um weitere 200 Mk. für die ferneren Personen dann, wenn der Steuerpflichtige nicht mehr als 10 000 Mk. Einkommen hat. 10 v. S. ist nun der Steuerbetrag nur für die ersten angefangenen oder vollen 1000 Mark des steuerpflichtigen Einkommens, für die nächsten 1000 Mark ist er bereits 11 Prozent, für die übrigen 12 Prozent und so fort.

Wie diesen 10 v. S. die ihm abgezogen werden, entrichtet der Steuerpflichtige also entweder zu viel oder aber zu wenig. Im ersten Falle erhält er eine Befreiungsgablung über den nicht verausgabten Wert der Steuerarten, die bei der nächsten Steuerzahlung angerechnet werden. Bleibt die vorausgeschickte das ganze Jahr unter 10 v. S. dann auch die Barzahlung beantragt werden. Im anderen Falle muß er den fehlenden Betrag in bar oder Ueberweisung nachzahlen. In beiden Fällen bleibt ihm nichts anderes übrig, als sich persönlich mit der Steuerarten und den Marken zur Steuerarten zu begeben, während er bisher sich des Postkontos habiente. Bei der jetzigen Verfahren sind für viele, namentlich Finanzgelehrte, betriebe eine Unmöglichkeit. Die Auseinanderrechnung wird die vorhandenen Steuerarten zu überlassen, das man wird halbe Arbeitseinkommen offen müssen, um keine Steuer anzubringen. Es sei denn, daß neue Schichten auf den Steuerarten eingeführt werden. Die Finanzämter sind bestmöglichst erst im Aufbruch begriffen.

Weitere Unklarheiten ergeben sich aus der Vermittlung der neuen Säule und der neuen Form mit den alten landesrechtlichen Bestimmungen. Die endgültige Veranlagung des Einkommens des Jahres 1920 erfolgt, wie übrigens früher ja auch, erst nach Ablauf des Kalenderjahres 1920. Nach der endgültigen Veranlagung erfolgt die endgültige Erhebung. Um aber bis dahin schon eine möglichst große Steuermarken aufweisen zu können, nimmt man jetzt die vorläufige Erhebung vor. Man ist dadurch genötigt, drei Kreise von Steuerpflichtigen zu unterscheiden.

Der Fiskus legt den neuen Steuerarten zugrunde und verbietet ihm auf das bei der letzten Veranlagung zur Staats-einkommensteuer festgestellte Einkommen an. In die erste Gruppe der Steuerpflichtigen geraten nun diejenigen, die danach eine höhere Steuer entrichten müssen, als sie bisher

Die gestrigen Landtagswahlen zeigten einen erheblichen Zuwachs an Stimmen für die rechtsstehenden Parteien und einen starken Verlust für Demokraten und Sozialdemokraten sowie der Sozialisten. Das vom nunmehr vollständig vorliegenden Wahlergebnis ersehen die Deutsche Volkspartei 12 686, die Deutsche nationale Volkspartei 4217, der Bauernbund 21 412, die Demokraten 7623, die Mehrheitssozialisten 3295 und die Unabhängigen 87 899 Stimmen. Bei der vorigen Wahl hatten die Unabhängigen 43 126, die Mehrheitssozialisten 7706, die Demokraten 18 100 und die Rechtsstehenden, einschließlich Bauernbund, 16 414 Stimmen. Es liegt also ein starker Verlust für Sozialdemokraten und Demokraten vor, welcher zum Teil nicht zurückzuführen sein dürfte, doch diesmal der Bauernbund vergrößerte sich mit einer eigenen Liste hervortrat und so den linksstehenden Parteien viel Stimmen abgenommen hat, welche bei der vorigen Wahl unter dem Einbruch des verlorenen Krieges zu sinken anfingen. Darüber hinaus machte sich aber bei den Wählern ein starkes Abwenden von den Unabhängigen bemerkbar, so verlor sie z. B. in dem stark radikalen Ausdrucksweise Jella Wehrlich 1130 Stimmen. An Mandatanten teilten die einzelnen Parteien: Deutsche Volkspartei 1 (im vorigen Jahre ebenfalls 1), Deutsche nationale Volkspartei 1 (im vorigen Jahre ebenfalls 1), Mehrheitssozialisten 0 (im vorigen 1), Unabhängige 9 (im vorigen 10). Den 9 Abgeordneten der Mehrheitssozialisten flohen heute 9 Unabhängige gegenüber, zwischen welchen eine Demofrat Professor Hermann Anders-Strüger den Ausschlag geben wird. Die Beteiligung an der Wahl war bis zu 90 Prozent.

